

Antrag gewähltes Mitglied	Ayhan Celikpala	
	Mitglied des Migrationsausschusses	
	Datum:	01.11.2005
	Drucks.-Nr.:	VO/1342/05 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
17.11.2005	Migrationsausschuss	Entscheidung
Gesetzesentwurf zum Kopftuchverbot		

Sehr geehrter Herr Izgi,

möchte ich Sie bitten, meine Anfrage für die nächste Sitzung am 17.11.2005 auf die Tagesordnung mit aufzunehmen.

Die Nordrhein-Westfälische Landesregierung will offenbar bereits im kommenden Sommer das Kopftuchverbot an den Schulen des Landes einführen. Für die Umsetzung müsse das Schulgesetz geändert werden, laut jetziger Gesetzeslage aus dem Kopftuchurteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG). Das geänderte Gesetz soll voraussichtlich zum 1. August 2006 in Kraft treten.

Bei der Ausgestaltung will sich NRW Landesregierung nach dem geltenden Baden-Württembergischen Kopftuch-Gesetz richten. Dies verbiete muslimischen Lehrerinnen zwar das Kopftuch, erlaube jedoch die jüdische Kippa und die Nonnentracht an Schulen als "Darstellung christlicher und abendländischer Bildungs- und Kulturwerte oder Traditionen".

Lehrerinnen und Lehrer dürfen in der Schule keine religiösen oder weltanschaulichen Bekundungen abgeben, die geeignet sind, den Schulfrieden zu gefährden oder zu stören. Deshalb wollen wir muslimischen Lehrerinnen an öffentlichen Schulen das Tragen eines Kopftuchs untersagen, sagte Landesschulministerin Barbara Sommer (CDU). Das Verbot sei nicht gegen den Glauben gerichtet. und betonte: Das Thema werden wir sensibel und im Dialog mit den muslimischen Verbänden angehen.

Es ist ein Leichtes, sich über die Situation dieser Frauen auszulassen, aber kaum eine Organisation Institution oder Partei, hat ernsthaftes Interesse gezeigt und sich die Mühe gemacht, in den 40 Jahren Migration die muslimischen Frauen näher kennen zulernen und Ihre Probleme zu verstehen. Sie wurde immer nur gesehen als Anhängsel, der hier lebenden Gastarbeiter. Trotz ihrer schlechten rechtlichen, wirtschaftlichen und lebensräumlichen Lage leisten Sie für die Alltagsbewältigung und Zukunftsfürsorge einen beachtlichen Teil. Eine fremde Familie, eine andere Sprache und eine befremdende Gesellschaft, Sprachprobleme, eine ausgrenzende Gesellschaft, und die Erwartungen der Familie gegenüber Ihnen. Welche Integrationsmöglichkeiten hatten diese Frauen, sich zu

verwirklichen, unter Wahrung ihrer religiösen und kulturellen Identität, um einen gleichberechtigten Platz in der Gesellschaft zu bekommen.

Wir sollten von unserem Menschenverstand Gebrauch machen und dieses Gesetz nicht unterstützen, denn im Grund sind wir alle Menschen. Auch wenn wir unterschiedliche Glaubensrichtungen haben sollten, unterscheiden wir uns nicht.

Hat sich der erhebliche Teil seiner Befürworter, die dem Gesetz zustimmen mal gefragt? Ob nicht gerade das Gesetz eine automatische Minderstellung der Frau und Lehrerin in der Gesellschaft ist und das die Würde von Frauen und Lehrerinnen eklatant verletzt.

Laut - Argumentationshilfe der CDU: Kopftuchverbot für Lehrerinnen in NRW: kann man hier nicht von Gleichberechtigung, Freiheitsrechten, Menschenwürde sprechen, denn es ist sehr widersprüchlich diese Gründe vorzulegen, die eigentlich in der Verfassung für jeden Menschen gelten sollten, denn die demokratischen Verfassungswerte (Gleichberechtigung, Freiheitsgrundrechte, Menschenwürde) werden nicht eingehalten und die Frauen werden ausgegrenzt. Auch die Menschenwürde lässt es nicht zu, wegen seiner Religion benachteiligt zu werden.

Ist es gleichberechtigt und entspricht das unserer Verfassung, das man wegen seiner Religion keine Laufbahn als Lehrer einschlagen kann oder das man wegen Glaubensgründen den Beruf des Lehrers aufzugeben hat.

Sollen jetzt alle die das Lehramt anstreben keine Verbindung mit Gott aufbauen können und ohne ihren Glauben zur Schule kommen. Es sollte vertretbar sein, Beruf mit der Religion im Gleichklang zu bringen und auszuüben können.

Man sollte mit einer Vermutung, Unterstellung oder Verdacht diese Frauen und Lehrerin nicht beschuldigen, sie könnten doch den politischen, religiösen oder weltanschaulichen Schulfrieden gefährden oder gar stören und wie würden die Frauen und Lehrerin eines anderen Glaubens behandelt fühlen und handeln wenn Sie mit diesem Thema konfrontiert würden.

Keine der Religionen sollte benachteiligt sein und ausgeschlossen werden. Schon wegen dem friedlichen Dialog zwischen den Religion untereinander, den es nicht zu stören gilt.

Das Tragen des Kopftuches ist für viele Frauen leider noch immer mit Schwierigkeiten und Diskriminierung aufgrund ihrer Kopfbedeckung verbunden. Besondere Anstrengungen sind erforderlich, um die nach Deutschland zugewanderten Frauen und Mädchen in unsere Gesellschaft zu integrieren. Frauen dürfen nicht um ihre Bildungschancen und um ihre Freiheitsrechte entzogen werden.

In der Schulpraxis ist das eher umgekehrt und es ist immer wieder festzustellen, dass es Lehrer/innen gibt, die das Kopftuch als ein Zeichen der Unterdrückung missverstehen und aktiv dagegen angehen, und die Schüler ausgegrenzt werden. Ignoriert wird dabei häufig, dass die Schüler die Vorschriften aus religiöser Überzeugung einhalten.

Wie schon oft in der Geschichte und in den heutigen Gesellschaften werden Minderheiten ausgeschlossen. Hat die Vergangenheit uns nicht gezeigt dass solche Verbot auch missbraucht werden.

Ihre Befürworter, die dem Gesetz jetzt zustimmen, haben aus der Vergangenheit nicht dazu gelernt, denn es ist nicht solange her, dass man wegen seiner Rasse und Religion ausgeschlossen wurde und ich hoffe und bete dass es gar nicht soweit kommt.

Denn die Zukunft von NRW sollte nicht, wie in den anderen Bundesländern sein, wo Frauen keine Chance auf Lehramt geboten wird, um am Bildungsprozess teilzuhaben, den vielleicht könnten Sie die Integration der nachwachsenden Generationen erleichtern.

Man sollte die Gleichberechtigung der muslimischen Frau erreichen, und nicht wegen ihrer Kleidung vom öffentlichen Dienst und Bildungsweg ausschließen. Die Entmündigung der muslimischen Frauen und Lehrerin sollte nicht sein.

Sollte das Motto nicht lauten:

Gesetze sollen Probleme lösen und keine Schaffen und förderlich für die Integration sein.
Ich bitte um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie groß ist der Personenkreis in Wuppertal und wie viele Lehrer gibt es in NRW insgesamt die es betrifft und welche Erfahrungen hat man mit dem Personenkreis in unserer Stadt und in den anderen Kommunen des Landes NRW.

2. Ich bitte die Verwaltung den Integrationsbeauftragte des Landes NRW Thomas Kufen und einen Vertreter des Landtages NRW einzuladen um die Möglichkeit der Aufklärung und Stellungnahme zu ermöglichen. Denn jede Frau sollte das Recht haben, einen Beruf ihrer Wahl auszuüben unabhängig ihrer Religionszugehörigkeit.

3. Welche Bemühungen sind von der Landesregierung NRW oder Parteien gemacht worden,

- um diesen Frauen eine Ausübung zu ermöglichen, den anderen werden auch Möglichkeiten und Unterstützung geboten, um Sie in die Gesellschaft einzubinden und nicht auszuschließen.
- um bei dem Diskussionsthema Islam besser aufzuklären und den Islam als gleichberechtigte Religion anzusehen. Gibt es Präventionsprogramme oder Projekte mit den örtlichen Moscheen-Vereinen oder muslimischen Verbänden, um solche Themen gemeinsam in Zukunft besser zu lösen.
- um andere individuelle Lösungen zu suchen - wie zum Beispiel: das die Kommune mit dem Schulamt selber entscheiden oder Rahmenbedingungen vorgeschlagen werden, um allen gerecht zu werden.

4. Welche Ziele sollen mit dem Gesetzesentwurf der Landesregierung NRW erreicht werden und welche Bedeutung spielt der steigende Migrantenanteil in den Schulen von Nordrhein Westfalen.

5. Wenn es in Zukunft einen Lehrermangel vor zubeugen gilt, sollte dann nicht jeder daran teilhaben können, denn ohne Bildungsperspektive wird es keinen Platz in der Globalisierten Weltordnung geben.

- Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gemäß § 90 Abs. 2 Gesch0
Landtag Düsseldorf - Plenarprotokolle 14/8
Donnerstag, 15. September 2005
Thema Drohende Lehrerrücke verhindern - Junge Menschen für das Lehramt motivieren

Ich danke für Ihr Verständnis und wünsche mir für die Zukunft NRW, das wir Schritte für ein besseres Miteinander der Generationen einleiten, es sollte für uns alle von Vorteil sein, die Menschen aufzuklären, anstatt mit Verboten zu verunsichern und mit den Gefühlen der Betroffenen und den Bedenken der Eltern zuspieren.

Wir wollen mehr Integration und Parallelgesellschaften verhindern, um die Integration der nachwachenden Generationen nicht zu erschweren. Wir sollten uns eine bessere Grundlage mit Akzeptanz und gegenseitigem Respekt schaffen, damit ein friedliches und demokratisches Zusammenleben gewährleistet ist.

Deshalb bitte ich Sie, dieses Gesetz nicht zu unterstützen.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.
Für Ihre Bemühungen bedanke ich mich schon mal in voraus.

Mit freundlichen Grüßen
Ayhan Celikpala